Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,35 Mk. alle 4 Wochen.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parras.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 155 | Donnerstag, den 6. Juni 1929 | Jahrgang 1929

Grenzlandnot im Osten.

Von unserer Berliner Redaktion.

Es war ein glücklicher Gedanke, den Vertretern der deutschen Zeitungen einmal Gelegenheit zu geben, aus eigener Anschauung den deutschen Osten, wie er durch das Versailler Friedensdiktat sich jetzt darstellt, kennen zu lernen. Schon der Eingang zum deutschen Osten, die Stadt Stettin, nicht allzuweit von der Zentrale des Deutschen Reiches gelegen, ist symptomatisch für die Zerstörungen, die die neue Grenzziehung im Osten Deutschlands auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens hervorgerufen hat. Die Tatsache, daß Stettin neben Breslau die größte Arbeitslosenziffer im Deutschen Vaterlande aufweist, dokumentiert zu drastisch die wirtschaftliche Blutleere des Ostens, die sich schon bis zur Oderlinie vorgeschoben hat. Die riesige Vulkanwerft, die in der Vorkriegszeit das Herz Stettins war, ist heute nur noch eine traurige Leiche. Hier liegen ganze Straßenzüge, in denen früher kraftvolles Leben sich regte, vollkommen tot und muten an wie die Trümmer eines riesigen Schlachtfeldes. Trotz allem aber hat auch in Stettin schon der eiserne Wille der Selbsterhaltung, unterstützt durch die Hilfe von Reich und Staat, mit dem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens begonnen und in der Herstellung des Hafens und seiner Zufahrtsstraßen recht bedeutende Erfolge aufzuweisen. Auch die riesige Umladehalle im Stettiner Hauptgüterbahnhof, die im Oktober 1927 in Betrieb genommen wurde und bei höchster Beanspruchung täglich eine Be- und Entladung bis zu 1000 Wagen ermöglicht, legt Zeugnis ab von dem ernsten Streben wirtschaftlicher Wiederbelebung.

So sinnfällig und eindrucksvoll wie in Stettin zeigt sich einem in Ostpreußen selbst fast nirgends der Kontrast zwischen dem durch die Versailler Grenzziehung zerstörten, durch den Selbsterhaltungswillen jedoch wieder neu aufstrebenden Wirtschaftsleben. Und doch merkt man hier auf Schritt und Tritt, wie unselig die Wirkungen der neuen Grenzziehung auf dem einst so blühenden Lande lasten. Ostpreußen, früher die Brücke nach Rußland, mit dem es innige Wirtschafts- und Handelsbeziehungen verknüpfte, mutet heute an wie eine verlassene Insel im Meer. Rundherum ist Ostpreußen abgeschlossen vom Mutterlande. Litauen und Polen berauben es seiner natürlichen Handelsverbindungen mit Rußland; der polnische Korridor und die staatspolitische Merkwürdigkeit des Danziger Freistaates schieben sich trennend zwischen Ostpreußen und das deutsche Mutterland. Ja, nicht einmal die wenigen Rücksichten, die bei der Grenzfestsetzung auf die Beziehungen zwischen Ostpreußen und dem deutschen Mutterlande genommen wurden, können sich zum Vorteil Ostpreußens bemerkbar machen. Man hat Ostpreußen angeblich einen Zugang zur Weichsel gelassen. Aber dieser einzige Zugangsweg in 4 Meter Breite bei Kurzebrack ist nachträglich von den Polen mit einem Schlagbaum versehen worden, der den Bewohnern des rechten Weichselufers den Zugang zum Strom verwehrt; es sei denn, sie besorgen sich in dem 40 Klm. entfernten Dirschau einen Grenzverkehrsschein, der ihnen den Zutritt zum Flusse erlöglicht. Daß angesichts dieser polnischen Schikanen von diesem Recht herzlich wenig Gebrauch gemacht wird, leuchtet ohne weiteres ein. Auch die einzige Brücke, die Ostpreußen mit dem Mutterlande verband, die 120 Meter lange Münsterwalder Eisenbrücke ist neuerdings von den Polen abgerissen worden. Die Trümmer der Brücke gähnen seit Jahresfrist aus dem mehr und mehr verwahrlosten Flußbett empor. Zu welchen Unmöglichkeiten die neue Grenzregulierung geführt hat, zeigen u. a. die fünf Dörfer auf dem rechten Weichselufer, die man Polen unverständlicherweise noch zugeschlagen hat. Hier durchschneidet die Grenze vielfach sogar die Gärten, die die kleinen Bauernhäuser umgeben. Was das für die Bewohner dieser Gebiete zu bedeuten hat, kann man sich leicht vorstellen.

Die Stadt Marienburg, eine der ältesten Hauptstädte des Deutschen Ritterordens, die in den fast 700 Jahren ihres Bestehens sich durch eine nicht nur in guten, sondern gerade in schwersten Zeiten unverbrüchliche Treue zum Deutschtum ausgezeichnet hat, ist durch die willkürlichen Versailler Grenzen mitten durchschnitten, sodaß zwei Drittel des Stadtgebietes Ausland (Danzig) geworden ist, wie denn überhaupt der Kreis Marienburg drei Viertel seines Gebietes verloren hat.

Ist so nach Westen hin das ostpreußische Land vollkommen von der deutschen Heimat getrennt, so verhindert im Nordosten das von Ostpreußen abgetrennte Memelland, das dem neugebildeten Litauen angegliedert ist, und im Osten Polen die direkte Verbindung mit Rußland, sodaß der früher sehr starke gegenseitige Handelsverkehr zwischen Ostpreußen und Rußland ebenfalls lahmgelegt ist und nur auf Umwegen mühsam wieder in Gang gebracht werden kann.

Nachdem die polnischen Hoffnungen, Ostpreußen auf diplomatischem oder gewaltsamen Wege sich ganz einzuverleiben, fehlgeschlagen sind, versucht man es neuerdings mit der restlosen wirtschaftlichen Abschnürung. Polen hat mit bewundernswertem Eifer an der Ostseeküste sogar einen neuen großen Hafen, Gdingen, in wenigen Jahren geschaffen. Hierhin verlegt es mehr und mehr den ganzen Verkehr auch aus dem Osten Polens, indem es ihn um Ostpreußen herumleitet. Die Folgen dieser wirtschaftlichen Aushungerungspolitik machen sich aufs stärkste im Königsberger Hafen bemerkbar.

Daß unter diesen Umständen in Ostpreußen Industrie, Handel und Landwirtschaft keinen leichten Stand haben, liegt auf der Hand. Denn alle naturgegebenen Handelsbeziehungen sind unterbrochen. Im Osten des Landes liegt die Memel, die einst einen gewaltigen Holztransportverkehr aufwies, infolge des Litauisch-polnischen Konflikt tot ist. Und im Westen ist die Weichsel infolge der polnischen Abschnürungspolitik ein stiller, mehr und mehr versandender Fluß geworden. Wenn man auch nicht behaupten kann, daß das Wirtschaftsleben in Ostpreußen völlig daniederliegt, so ist es doch klar, daß es nur langsam in Gang kommen kann; und wenn auch manche erfreulichen Ansätze zum Besseren überall sich bemerkbar machen, so wird das Land doch noch lange unter der verkehrten Grenzziehung zu leiden haben. Ja, Ostpreußen wird sich nie ganz erholen können, wenn nicht der wirtschaftlich und politisch unmögliche Zustand der Abschnürung vom Mutterlande einmal früher oder später beseitigt wird. Daß dies kommen muß, fühlt jeder, der die Verhältnisse in Ostpreußen aus eigener Anschauung einmal beobachten kann.

Trotz allem aber ist die Bevölkerung und auch die Wirtschaft Ostpreußens keineswegs verzweifelt. Wenn man auch jahrelang in Ostpreußen das Gefühl der Vereinsamung hatte, so erkennt man doch in allen Kreisen der Bevölkerung dankbar die Unterstützung an, die Reich und Staat dem bedängten Ostpreußen gerade in letzter Zeit in steigendem Maße haben zuteil werden lassen. Darüber hinaus aber setzen die zähen Ostpreußen auch ihre eigene Kraft in vollem Maße ein, um den durch die unsinnige Grenzziehung hervorgerufenen politischen und wirtschaftlichen Mängeln nach bestem Können entgegen zu wirken. Auch die Beziehungen zwischen dem abgetrennten Ostpreußen und dem deutschen Mutterlande, die trotz aller Schikanen niemals ganz unterbrochen wurden, sind erfreulicherweise in immer stärkerem Ansteigen begriffen. Wesentlich hat hierzu beigetragen die Einrichtung des Ostseedienstes Swinemünde—Zoppot—Pillau—Memel. Der Seedienst, einst als Notverband über die frisch blutende Wunde des deutschen Ostens gelegt, ist im Laufe der Jahre mehr und mehr in die Propaganda des Gedankens hinein gewachsen, daß man nicht nur von Ostpreußen nach dem Reiche, sondern auch vom Reiche nach Ostpreußen fahren sollte. Die willkürlich zerstörten Verbindungen zwischen Ost und West in steigendem Maße wieder enger geknüpft zu haben, ist zum großen Teil das Verdienst des Seedienstes, der rechtzeitig erkannt hat, daß Ostpreußen auf dem Vorposten, auf den die Geschichte es gestellt hat, einer dauernden Unterstützung vom Mutterlande her bedarf. Der Seedienst ist es auch, der recht eigentlich die vielfach noch unbekannten Schönheiten des ostpreußischen Landes erschlossen hat, die kennen zu lernen jeder Deutsche einmal Gelegenheit haben sollte.

Die Arbeitslosenversicherung hat wieder Ueberschüsse.

Aber der Reichsfinanzminister beschlagnahmt jede überschüssige Mark.

Erhöhung der Beiträge oder andere Reformen?

Von unserer Berliner Redaktion.

× **Berlin**, 5. Juni. (Drahtb.)

Die Reform der Arbeitslosenversicherung wird, wenn nicht alles täuscht, recht scharfe Auseinandersetzungen heraufbeschwören. Besonders die von den Sozialdemokraten geforderte Erhöhung der Beiträge wird zu starken Meinungsverschiedenheiten führen. Wenn sich gewisse Gruppen auf eine Beitragserhöhung versteifen, so beweisen sie damit nur, daß sie den unbequemen Weg, der zu einer Lösung des Arbeitslosenversicherungsproblems führen könnte, ausweichen wollen. Schon im Hinblick darauf, daß die jetzigen Sozialbeiträge in Anbetracht der verhältnismäßig niedrigen Gehälter und Löhne das Einkommen der Arbeitnehmer stark belasten, wird es sich empfehlen, bei der Frage der Erhöhung der Beiträge recht vorsichtig zu Werke zu gehen. Im übrigen könnten sehr viel Mißstände beseitigt werden, wenn zunächst einmal die geltenden gesetzlichen Bestimmungen richtig angewendet und wenn vor allem die in der jüngsten Verfügung des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung enthaltenen Vorschriften genau beachtet würden. Aus mehreren Bezirken liegen bereits Berichte vor, daß gerade diese Verfügung den unberechtigten Nutznießern der Arbeitslosenversicherung das Handwerk zu legen vermag. Es ist daher eine Zweckmäßigkeitsfrage, ob bereits in den nächsten Wochen das sogenannte Sofort-Programm in Angriff genommen werden soll. Von sachkundiger Seite wird darauf hingewiesen, daß kleine Reformen durchaus überflüssig seien, wenn, wie gesagt, die gesetzlichen Bestimmungen und die Maßnahmen des Präsidenten der Reichsanstalt ganz genau beachtet würden. Eine Reform des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung ist notwendig. Da aber zudem weitere Erfahrungen gesammelt werden müssen, so dürfte es sich empfehlen, erst in der Augusttagung des Reichstages, die wegen Regelung auswärtiger Probleme stattfinden wird, die Pläne zur Umgestaltung der Versicherungsreform im Reichstag zu erörtern.

Mit dem Sinken der Arbeitslosenziffer ist die Versicherung auf Zuschüsse des Reiches nicht mehr angewiesen. Seit einigen Tagen wirft sie sogar Ueberschüsse ab. Die Lage ist jedoch nach wie vor ernst. Dies geht schon daraus hervor, daß, wie verlautet, Reichsfinanzminister Dr. Hilferding jede Mark, die der Reichsanstalt nach den notwendigsten Ausgaben verbleibt, sofort beschlagnahmt. Diese Maßnahme findet selbst in den Kreisen, die einer Reform der Versicherung ohne weiteres beipflichten, keine Zustimmung. So findet das Organ der Christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche" dieses Verfahren bei aller Würdigung der Finanznot des Reiches recht ungehörig. Wenn Hilferding, meint das genannte Blatt, so fortsahre, stehe die Versicherung beim Beginn des Winters blank da. Er mache die Bildung jeder Reserve unmöglich. Werde diese Beschlagnahme weiter durchgeführt, dann sei eine Beitragserhöhung kaum zu umgehen oder die Reichsanstalt müsse im nächsten Winter wieder beim Reich Anleihen machen. „Der Deutsche" ist der Ansicht, daß der Finanzminister die der Versicherung gegebenen Summen niederschlagen müsse. Die Deckung der Unkosten eines Katastrophenwinters könne man der Arbeitslosenversicherung allein nicht zumuten. Ohne die Versicherung hätte das Reich ganz anders zahlen müssen und es dann auch gekonnt. Nun solle es nicht gehen. Das Organ der Christlichen Gewerkschaften ist der Auffassung, daß die Sozialdemokratie gut daran tun würde, ihren Minister anzuhalten, dort zu sparen und Geld zu holen, wo es angebracht sei.

★

Der Reichswirtschaftsminister über die Arbeitslosenversicherung.

× **Berlin**, 5. Juni.

Der Reichstag setzte die zweite Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums fort. Zunächst sprach ein Kommunist, dann der Volksparteiler Beythien. Er erklärte, die steuerliche Bevorzugung der öffentlichen Betriebe als unerträglich. Mit großer Sorge sehe der Mittelstand der Ausbreitung der international finanzierten Warenhäuser entgegen.

Der Wirtschaftsparteiler Drewitz führte aus: Wenn das Ergebnis der Pariser Verhandlungen uns Zahlungserleichterungen verschafft, dann müssen diese in erster Linie zur Senkung der die Wirtschaft belastenden Steuern benutzt werden. Wir sind keine Gegner der Arbeitslosenversicherung, aber wir wollen dem Mißbrauch dieser sozialen Einrichtung ein Ende machen.

Der Demokrat Meyer bemerkte: Der Abgeordnete Lejeune-Jung, der jetzt schon die Ablehnung der Pariser Vereinbarungen fordert, gehörte doch zu den 50 Prozent der deutschnationalen Fraktion, die dem Dawespakt zur Annahme verhalfen. (Rufe bei den Deutschnationalen: „Er hat gelernt!" Wir wollen nicht die Arbeitslosenversicherung verschlechtern, aber die tatsächlich vorhandenen Mißstände abstellen. Mit einem Reichsgesetz sollten der gewerblichen Betätigung der öffentlichen Hand feste Grenzen gezogen werden im Interesse des Mittelstandes.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius erklärte zu den gestrigen Ausführungen des Abg. Lejeune-Jung: Ich habe der Wirtschaft gedient mit der Vorbereitung der Pariser Konferenz zur Revision des Dawesabkommens. Ich werde ihr weiter dienen,

wenn ich mein Votum zu dem Pariser Gutachten abgegeben habe,

vor allem bei der Notwendigkeit der Durchführung eines eventuellen neuen Planes. Die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners nötigen mich zu der Frage, welches Bedürfnis denn im gegenwärtigen Moment der Koalitionspolitik vorliegt, den Kampf gegen das privatkapitalistische Prinzip zu predigen und die Heilsbotschaft des Sozialismus zu verkünden. Das Mittel dauernder Lohnerhöhungen kann in der gegenwärtigen Wirtschaftsperiode auch zu Lähmungen führen. Wir haben uns in der Koalition nicht gegenseitig auf Weltanschauungen gebunden. Ich frage mich nur,

ob es richtig ist, in diesem Augenblick das Trennende voranzustellen, ob es nicht besser wäre, das Einigende zu suchen.

Der Abgeordnete Wels hat auf dem Magdeburger Parteitag der Sozialdemokratie ausgeführt, daß die bürgerlichen Parteien einen Erfolg dieser Regierung garnicht wünschten, weil die Regierung von der Sozialdemokratie geführt wird. Ich protestiere für mich und meine Freunde aufs Entschiedenste gegen eine derartige Auffassung. Es kommt nicht darauf an, daß wir uns gegenseitig hindern. Wir dürfen nicht nur negativ eingestellt, sondern müssen gemeinschaftlich positiv eingestellt sein. Ich glaube auch für die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts feststellen zu sollen: Wir haben bis heute ohne irgendwelche Parteiprestigepolitik nur versucht, eine positive Wirtschaftspolitik zu treiben. Wir haben deshalb im vorigen Jahre ein Reformprogramm vorgelegt und werden nach dem Bericht der Pariser Konferenz ein neues vorzulegen haben.

Die vier entscheidenden Fragen

sind für uns: 1. Revision des Dawesplanes und Räumung unserer Westgebiete, 2. Reichsreform, 3. durchgreifende Agrarreform und schließlich Erleichterung der Wirtschaft auf allen Gebieten. Wir sind gemeinschaftlich ein gutes Stück vorwärts gekommen, und ich sehe keinen Grund, daß die Verantwortungsgemeinschaft nicht fortgeführt werden kann. Darum sollte man feierliche Festlegungen negativer Art, wie sie der Abgeordnete Krätzig gemacht hat, unterlassen: Keinerlei Reform der Arbeitslosenversicherung und keine Zollerhöhungen!

Die Arbeitslosenversicherung

ist ein großer sozialer und wirtschaftlicher Fortschritt, aber es besteht kein Zweifel, daß wir die finanziellen Leistungen überspannt haben und daß schwere Schäden der Arbeitsmoral eingetreten sind. (Sehr wahr! rechts. — Hört, hört! links.) Wir müssen eine grundlegende Reform der Arbeitslosenversicherung durchführen und es

kann dabei auch nicht der bisher gesteckte Kreis der Versicherungspflichtigen unangetastet bleiben.

(Hört! Hört! links.) Noch weniger können wir

Vor dem Schluß in Paris.

Die Ausarbeitung des Berichts.

◇ **Paris**, 5. Juni. Havas berichtet, daß der Redaktionsausschuß der Reparationskonferenz Tag und Nacht eifrig damit beschäftigt ist, den Bericht abzuschließen, der den Regierungen zugehen wird. Die Sonderausschüsse, von denen sich der eine mit der Regelung der Sachlieferungen, der andere mit der Organisation der internationalen Bank beschäftigt, haben heute vormittag die Ausarbeitung der entsprechenden Texte, die nach Zustimmung des Redaktionsausschusses in den allgemeinen Bericht aufgenommen werden sollen, beendet. Man hofft, daß der endgültige Text des Gesamtberichtes morgen abend vorliegen wird, und daß die Sachverständigen in der Lage sein werden, ihn am Freitag vormittag zu unterzeichnen. Ein Auszug aus dem Bericht wird sofort veröffentlicht werden. Der Wortlaut soll etwas später bekanntgegeben werden.

★

Dr. Schacht über das Ergebnis.

◆ **Berlin**, 5. Juni. Wie der „Lokalanzeiger" aus Paris meldet, äußerte am Dienstag abend Dr. Schacht bei einem Essen, das die Vereinigung der Korrespondenten deutscher Zeitungen in Paris veranstaltete, daß wir keinen Anlaß hätten, uns des Ergebnisses der Konferenz zu freuen. Der neue Zahlungsplan sei keine wirtschaftliche Lösung des Reparationsproblems, und niemand könne behaupten, daß er durchführbar wäre. Immerhin sei er eine wichtige Etappe auf dem Wege zu der endgültigen Befreiung von den Lasten des Krieges. Er werde es uns ermöglichen, aus eigener Entschließung und ohne Aufsicht und Kontrolle an einer Gesundung unserer Finanzen weiter zu arbeiten. Selbstverständlich müßten wir in gutem Glauben und mit den besten Kräften an die Arbeit herangehen.

★

Die Eupen-Malmedy-Frage von Belgien angeschnitten.

✓ **Berlin**, 5. Juni. Es muß mit aller Schärfe hervorgehoben werden, daß in keinem Stadium der deutsch-belgischen Verhandlungen über die Entschädigung für die belgischen Markgelder von deutscher Seite die Frage von Eupen und Malmedy angeschnitten wurde, sondern daß die belgischen Unterhändler, und unter ihnen Herr Francqui selbst, ein territoriales Verhandlungsangebot machten, um zu einer Regelung der Markfrage zu gelangen.

diese Reform mit Beitragserhöhungen beginnen. (Hört! Hört! links.) Die zweite Frage ist

die Zollfrage.

Es ist richtig, daß die Schutzzollpolitik bedingt, sich zu überschlagen. Wir dürfen nicht etwa die Erhöhung der Selbstkosten durch Zollerhöhungen ausgleichen wollen; das Beispiel Australiens sollte schrecken. Wenn andere Staaten die Torheit begingen, die Schutzzollmauern immer weiter zu erhöhen, so brauchen wir nicht die gleiche Torheit zu begehen. (Unruhe rechts) Man muß die Selbstkosten herabdrücken auf dem Gebiet der Zinsen und Steuern. Den Vorschlägen des deutschnationalen Redners kann ich nicht folgen. Ebenso deutlich muß ich aber dem sozialdemokratischen Redner sagen:

Die Krise der Landwirtschaft kann unmöglich mit grundsätzlicher Verneinung jeder Zollerhöhung gelöst werden.

Meine Stellung zu dieser Frage deckt sich mit der des Reichsernährungsministers. Ich lehne aber die von den Deutschnationalen geforderte Herausnahme der Landwirtschaft aus den Handelsverträgen ab. Die Ablehnung der weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit wird bei den Deutschnationalen jetzt schon zur parteipolitischen Doktrin gesteigert. Es ist unverständlich, wie man die Vorlage zur Ausführung der Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz von deutschnationaler Seite ablehnen kann. (Beifall.)

Hierauf sprach der Abg. Loibl von der Bayrischen Volkspartei. Dann nahm der Kommunist Torgler das Wort zur Geschäftsordnung und erklärte, die Rede des Reichswirtschaftsministers habe einen unerhört provokatorischen Charakter gegen die Arbeiterschaft gehabt. So wichtige Ausführungen könnten nur mit Zustimmung des Reichskabinetts gemacht worden sein. Die Kommunisten beantragten deshalb die Herbeirufung des Reichskanzlers, damit er die Stellung des Kabinetts darlege.

Der kommunistische Antrag wurde gegen die Antragsteller, die Deutschnationalen und Nationalsozialisten abgelehnt. (Abg. Höllein (K.): „Euch fährt die Furcht ins klappernde Gebein!")

Gegen 8 Uhr wurde die Weiterberatung auf Donnerstag 3 Uhr vertagt.

Vier Akte unter deutschnationaler Regie.

Am 29. August 1924 fand im Reichstag die dritte Lesung der Dawes-Gesetze statt. Unter ihnen war eins, das verfassungsändernden Charakter hatte und deshalb mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden mußte: das Reichsbahngesetz, das die Deutsche Reichsbahn unter ausländische Kontrolle stellte und finanziell schwer belastete. Es konnte nur zur Annahme gelangen, wenn auch deutschnationale Abgeordnete dafür stimmten. Man erlebte nun, daß die Gesetze, die keine Zweidrittelmehrheit verlangten, gegen die Stimmen sämtlicher Deutschnationalen angenommen wurden, daß aber für das Reichsbahngesetz die Hälfte der deutschnationalen Abgeordneten stimmte, sodaß es mit 314 gegen 127 Stimmen durchging und damit, also dank der deutschnationalen Hilfe, der ganze Dawes-Plan Gesetz wurde. Später erfuhr man, daß die Deutsche Volkspartei den Deutschnationalen vier Sitze in der Regierung angeboten hatte für den Fall, daß sie die zur Gesetzwerdung des Dawes-Planes notwendigen Stimmen lieferten. Ein paar Monate später nach der Dezemberwahl von 1924 wurde dann bekanntlich das volksparteiliche Versprechen eingelöst. In das Kabinett Luther traten vier Deutschnationale ein.

Ihre tatkräftige Mitarbeit an der Inkraftsetzung des Dawes-Planes hat die Deutschnationale Volkspartei in der Folgezeit nicht gehindert, ihn nach Kräften zu bekämpfen. Jetzt ist es nun so weit, daß sein Ende nahe bevorsteht. Statt der Jahresraten von 2,5 Milliarden plus Besserungsschein ist in den Pariser Verhandlungen immerhin eine Herabsetzung auf 2,05 Milliarden ohne Besserungsschein erreicht worden. Auch soll die ausländische Kontrolle der Reichsbahn wieder abgeschafft werden. Wir wollen nicht sagen, daß dies Ergebnis dreimonatiger mühe- und wechselvoller Verhandlungen uns wirklich befriedigt und sorglos macht. Aber immerhin soll doch am 1. September der Dawes-Plan durch den um etwa 20 Prozent maßvolleren Young-Plan ersetzt werden. Und was geschieht nun? Am Dienstag spielte sich im Reichstag eine dreiaktige Komödie ab, die der „Vorwärts" treffend folgendermaßen skizziert:

Erster Akt. Saal 31 des Reichstags. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses. Graf Westarp bringt den Antrag ein, der Ausschuß möge die Ergebnisse der Pariser Sachverständigenkonferenz ablehnen. Er begründet diesen Antrag ausführlich. Redner anderer Parteien legen dar, daß es unsinnig wäre, etwas abzulehnen, was noch gar nicht fertig ist und was man noch nicht genau kennt. Man beschließt, die Debatte abzubrechen, damit verschwindet auch der Antrag in die Versenkung. Die Deutschnationalen verlassen unter Rufen des Protestes den Saal.

Zweiter Akt. Plenarsaal des Reichstags. Graf Westarp beantragt, die deutschnationale Interpellation nebst dem dazu gehörenden Antrag sofort zur Beratung zu stellen. Er beklagt sich bitter über die ihm angetane „Vergewaltigung" im Ausschuß (er konnte dort reden, solange er wollte) und kündigt mit drohender Stimme an, er und seine Freunde würden sich nicht beruhigen, wenn etwa sein Antrag auf sofortige Verhandlung auf Widerstand stoßen würde. Sie würden dann — man ahnt Schreckliches — zum Schluß der Sitzung beantragen, die Interpellation auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen.

Dritter Akt. Szene wie vorhin, drei Stunden später. Der Zentrumsabgeordnete Schlack hat seine Rede zum Etat des Reichswirtschaftsministeriums beendet. Der Präsident schlägt dem Hause vor, sich zu vertagen und die nächste Sitzung am folgenden Tage abzuhalten. Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über den Etat des Reichswirtschaftsministeriums. Nach einer kleinen Pause und einem Blick auf die leeren Bänke der Deutschnationalen fährt der Präsident fort: „Widerspruch gegen diese Tagesordnung wird nicht erhoben. Ich schließe die Sitzung." Von einer Ueberrumpelung der Deutschnationalen konnte keine Rede sein. Es war im Hause bekannt, daß gegen 6 Uhr abgebrochen werden sollte, zumal der Plenarsaal für den Vortrag Lord Robert Cecils vergeben war. Bei einem Minimum von Aufmerksamkeit konnte die Blamage vermieden werden. Was war also geschehen? Entweder hatten die Deutschnationalen das Unsinnige ihres Treibens eingesehen und — trotz ergangener Ankündigung — darauf verzichtet, das Spiel weiter fortzusetzen, oder aber sie haben den Sitzungsschluß einfach verschlafen und damit bewiesen, wie ernst sie ihre eigenen Aktionen nehmen.

Immerhin was sie am Dienstag versäumt hatten, suchten sie am Mittwoch nachzuholen, indem sie den drei Akten des Vortages noch einen vierten nachschickten. In der Reichstagssitzung beantragte Graf Westarp in einer Geschäftsordnungsdebatte als ersten Gegenstand der Tagesordnung für Donnerstag die deutschnationale Reparationsinterpellation zu bestimmen. Wenn der Außenminister es für richtig halte, zur Madrider Völkerbundstagung zu fahren, würden die Deutschnationalen beantragen, daß der Reichskanzler eine Erklärung über Paris abgebe. Wie vorauszusehen war, wurde der Antrag gegen Deutschnationale, Nationalsozialisten und Kommunisten abgelehnt. Die Mehrheit des Reichstags steht vernünftigerweise auf den Standpunkt, daß man erst einmal den Bericht der Sachverständigen vorliegen haben muß, ehe man darüber debattiert. Ob der Bericht annehmbar ist, wird dann von einer sorgfältigen Prüfung abhängen. Zunächst gilt es, damit erzielte Vorteile nicht wieder verloren gehen, die Sache mit Vorsicht zu behandeln. Durch Reden à la Westarp lassen sich jedenfalls die Sachverständigen, deren Arbeit für die Regierungen durchaus unverbindlich ist, ganz bestimmt nicht im deutschen Sinne beeinflussen.

Die Antwort des Papstes an Mussolini.

Ein Brief an Kardinal-Staatssekretär Gasparri.

O Rom, 5. Juni. „Osservatore Romano" veröffentlicht heute abend einen langen Brief des Papstes an den Kardinal-Staatssekretär Gasparri. In diesem Brief gibt der Papst seine Eindrücke wieder, die die beiden Reden Mussolinis in der Kammer und im Senat, sowie die sich daran anschließende Erörterung auf ihn gemacht haben.

Der Papst erklärt, daß es seine Pflicht sei, zu reden. Zunächst gibt der Papst in dem Briefe seinem Bedauern über die harten Ausdrücke Mussolinis Ausdruck. Es sei für ihn ferner eine bittere Enttäuschung gewesen, über das Wesen des Christentums und dessen göttlichen Ursprung Auffassungen hören zu müssen, die häretisch und noch mehr als häretisch seien. Diese Auffassungen seien in der zweiten Rede Mussolinis nicht vollkommen zurückgenommen worden. Der Papst wendet sich sodann gegen diese Anschauung, die er auf protestantische und modernistische Ausdrücke zurückführt. Der Papst bemängelt ferner in den genannten Reden den Hinweis auf die geringen wissenschaftlichen Arbeitsergebnisse der italienischen Geistlichkeit und erklärt, daß die Schilderung der weltlichen Herrschaft der Päpste nicht gerade rücksichtsvoll gewesen sei. Besonders aber erklärt es der Papst als eine falsche Auffassung, daß der Staat in Italien die Souveränität über die katholische Kirche habe. Mit großer Energie betont Pius XI., daß der Papst allein über die Kirche souverän sei, und allein die großen Entschlüsse zu fassen habe. Der Papst bedauert auch die wiederholten Ausdrücke, daß der Staat auf seine Hoheit nicht verzichtet habe und daß der Staat sich eine Kontrolle vorbehalten habe.

Ferner wendet sich der Papst gegen die Ausführungen gegen die katholischen Kulte und mit großer Entschiedenheit erklärt er sich gegen die gewährte Erörterungsfreiheit. Der Papst nimmt weiter gegen die gewährte Gewissensfreiheit Stellung und vertritt die Meinung, in einem katholischen Staat müsse sich die Gewissensfreiheit nach den Grundsätzen der katholischen Kirche richten. Das Recht der Kirche bei der Erziehung wird besonders betont und gesagt, daß die Erziehung der Kirche nicht auf den Religionsunterricht beschränkt und nicht vom Staat gehindert werden dürfe.

Der Papst gibt ferner zu verstehen, daß, wenn in der katholischen Kirche Vorträge über Emanuel Kant stattfänden, dies nur geschehe, um seine Irrtümer aufzudecken. Der Staat brauche die katholische Wissenschaft nicht zu fürchten. Der Papst nimmt weiter Stellung dagegen, daß Mussolini gesagt hätte, niemand werde die Katholiken zwingen, die kirchliche Eheschließung einzugehen. Der Papst erklärt dem gegenüber, daß die Kirche diesen Zwang ausüben werde, und er exkommuniziere mit sofortiger Wirkung jeden Katholiken, der sich allein mit der zivilen Ehe begnügen werde.

Der Papst gibt endlich seinem Mißfallen darüber Ausdruck, daß die Geistlichen, die die Kirche verlassen haben und sich in staatlichen Stellungen befinden, nicht aus diesen Stellungen entfernt werden sollen. Mit großem Nachdruck erklärt er, daß der Aussöhnungsvertrag und das Konkordat ein unteilbares Ganzes bilden, und daß mit dem einen auch das andere fallen werde.

Der neue englische Premierminister.

Mac Donald übernimmt die Kabinettsbildung.

× London, 5. Juni. Mac Donald, der heute vormittag in Windsor vom König in Audienz empfangen worden ist, hat den Auftrag zur Regierungsbildung übernommen.

Bei seiner Ankunft im Schloß Windsor wurde Mac Donald von dem Hofmarschall des Königs empfangen und um 11,30 Uhr nach dem Krankenzimmer geleitet, das er wenige Minuten nach 12 Uhr wieder verließ. Das Nationalkomitee der Arbeiterpartei trat um 10 Uhr in London zusammen. Die Besprechungen sind vorbereitender Art für die am Nachmittag nach Rückkehr Mac Donalds aus Schloß Windsor folgenden gemeinsamen Beratungen mit dem Vollzugsrat der Unterhauskommission der Arbeiterpartei, auf der Ramsay Mac Donald Bericht erstatten wird. Die Neubildung der Regierung wird nach der amtlichen Betrauung Mac Donalds mit aller Beschleunigung durchgeführt und aller Voraussicht nach in wenigen Tagen beendet werden.

*

J. Ramsay Mac Donald stammt aus ärmlichen, aber streng bürgerlichen Verhältnissen. Er war alles, nur kein Proletarier, und mit Handarbeit hatte er nie etwas zu tun. Das, was er heute als zweiundsechzigjähriger Mann, als Politiker und als Mensch ist, schuf er aus sich, ohne daß er sich jemals an Parteidogmen geklammert oder Politik aus Opportunismus betrieben hätte. Sein Entwicklungsgang und sein Berufsleben haben ihn auch nie in direkte Verbindung mit der Arbeiterschaft gebracht, und mit der Gewerkschaftsbewegung hat Mac Donald kaum jemals praktisch zu tun gehabt. Es ist charakteristisch, daß Mac Donald, der heute als einer der glänzendsten, überzeugendsten und faszinierendsten Redner gilt, als Volksschullehrer in einem kleinen Dorfe in Schottland begonnen hatte. Zeit seines Lebens ist er eine Art politischer Volksschullehrer geblieben, ein Lehrer allerdings, der sich — wie auch sein überraschender Wahlerfolg beweist — einer ungeheuren Popularität erfreut.

Mac Donals Lehrertätigkeit dauerte allerdings nicht lange. Kaum neunzehn Jahre alt, wandte er sich der Hauptstadt zu. Ohne Freund und Anhang suchte er sich eine Existenz aufzubauen. Es war eine bittere Zeit für ihn, von Tür zu Tür zu wandern und um Arbeit zu bitten; denn nicht jeder war gewillt, dem Dorfjüngling mit dem schottischen Akzent Gehör zu schenken. Nach vieler Mühe erhielt er schließlich einen Posten als Kontorist in einem Warenhause der City. Wenn er seine Bürostunden abgesessen hatte, las er noch bis spät in die Nacht hinein, bis schließlich auch seine robuste irländische Konstitution diese Ueberanstrengungen nicht mehr aushielt. Als er von seiner Krankheit genesen war und er neuerdings vor die bittere Notwendigkeit gestellt war, einen Beruf, sei es welchen immer, zu wählen, da griff das Schicksal ein. Thomas Lough, der damalige Parlamentskandidat der radikalen Partei (die heutigen Liberalen) nahm Mac Donald zum Privatsekretär, und so kam er mit einem Schlag mitten in das politische Leben. Seine Redegewandtheit brachte ihm viele Erfolge, und in kurzer Zeit stand er im Vollzugsausschuß der sogen. Fabier, die damals unter dem Patronat Bernard Shaws und Philipp Snowdens eine gewaltige propagatorische Tätigkeit entfalteten. Es ist wichtig, zu betonen, daß Mac Donald Linksdemokrat war und ist. Es ist deshalb wichtig, weil er somit in geradezu diametralem Gegensatz zu der klassenkämpferischen Weltanschauung von Engels und Marx steht. Die Fabier waren eine Gesellschaft junger Menschen, deren heißestes Bemühen darin bestand, den bitteren Kampf ums Dasein durch den Glanz des Idealismus zu verschönern oder wie Mac Donald selbst wiederholt in seinen Schriften sagt, „um der ethischen Bedeutung des sozialen Lebens volle Geltung zu verschaffen". In dem Klubhause, dem Mac Donald als Leiter und Sekretär vorstand, gab es täglich und stündlich langwierige Debatten über alle Tagesfragen, über alle sozialen und politischen Probleme, und es war tatsächlich ein geistiges Austoben begabter, junger Denker, die sich hier auf die ernsteren Stürme ihres späteren Daseins vorbereiteten. Aber bei diesen fast endlosen Diskussionen war es — wie uns Bernard Shaw bezeugen kann — immer wieder Ramsay Mac Donald, der sich, trotz seines großen Dranges nach Argumenten, die größte Zurückhaltung und Nachsicht auferlegte.

Im Jahre 1906 wurde Mac Donald als Vertreter der Labour Party ins Parlament gewählt. Im Jahre 1911 war er bereits zum Vorsitzenden und Führer der parlamentarischen Arbeiterpartei emporgestiegen und hatte seitdem mit dem größten Erfolg die politische Arbeiterbewegung, die damals im englischen Unterhaus nur durch 40 Mitglieder vertreten war, konsolidiert und ausgebaut. Als Sprecher und ausgezeichneter Debatter im Unterhaus stand er durch seine trotz allem Temperament unerhört klare und gewählte Sprache in höchstem Ansehen. Wie wenig er sich durch weltfremde und destruktive Ideologien auch in der Folgezeit beeinflussen ließ, beweist am besten die Tatsache, daß ihn seine Gegner oftmals durch das Witzwort Bernard Shaws „Amateursozialist" zu treffen versuchten. Mac Donald war schon durch seine Familienbeziehungen mit den höheren Klassen der Gesellschaft eng verbunden; er ist der Schwiegersohn des Universitätsprofessors Gladstone und durch seine Frau Schwiegerneffe des weltberühmten Physikers Lord Kelvin geworden.

Der Kriegsausbruch im Jahre 1914 traf ihn wie ein Blitzschlag. Er war als Pazifist und Defaitist verschrien, und sogar die Arbeiterschaft ließ ihn fallen. Als er zum Beispiel zu der im Jahre 1917 einberufenen Stockholmer Konferenz fahren wollte, boykottierten die Matrosen und Heizer das Schiff, mit dem er reisen sollte, sodaß er England nicht verlassen konnte. Erst geraume Zeit nach Friedensschluß, nachdem sich einerseits der Extremismus, dem die Arbeiterschaft infolge der umfangreichen kommunistischen Propaganda und den moskauischen Geldsubventionen anheimgefallen war, gelegt hatte, als anderseits die hochmütigen Tories mit ihrer aufreizenden nationalistischen Politik gescheitert waren — erst dann konnte sich Mac Donald wieder durchsetzen. Das internationale Format, das Mac Donald vor fünf Jahren schon als Premierminister in Europa erreicht hatte, ist noch in aller Gedächtnis. Den Höhepunkt seiner damaligen Tätigkeit bildete seine berühmte Rede vor dem Völkerbund, wo er als erster Vertreter einer Ententemacht sich offen für die europäische Abrüstung, für die Befreiung des Rheinlandes, für die handelspolitische Freiheit auf dem Kontinent, kurz für die idealen Ziele eines wahren Friedensfreundes einsetzte. Daß er heute wiederum an die Spitze des großen britischen Weltreiches gestellt wird, beweist, daß man drüben in England die hochmütige splendid isolation satt hat und mit ehrlicher Friedensbereitschaft den Wiederaufbau Europas fördern will.

*

Mutmaßungen über die Ministerliste.

:: **London, 5. Juni.** Man glaubt hier zu wissen, daß Mac Donald heute dem König die Namen einiger Mitglieder seiner Partei mitteilen wird, die er aufgefordert hat, seinem Kabinett beizutreten; doch wird die vollständige Ministerliste nicht veröffentlicht werden, bevor sie Mac Donald dem König unterbreitet hat. Das wird wahrscheinlich am Sonnabend geschehen. Man betrachtet es als sicher, daß Snowden das Schatzkanzleramt übernimmt; aber die Besetzung des Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten gibt Anlaß zu allerhand Mutmaßungen. Es werden für diesen Posten u. a. die Namen Arthur Henderson und J. H. Thomas genannt. In der heutigen Sitzung des Vollzugsausschusses der Arbeiterparteien wurde beschlossen, einen Siegesfonds zu begründen und die Bildung des zweiten Ministeriums der Arbeiterpartei entsprechend zu feiern.

*

Zusammentritt des neuen Parlaments am 25. Juni.

)(**London, 5. Juni.** Das neugewählte Parlament tritt am 25. Juni zusammen, doch wird die erste Woche lediglich mit der Erledigung von Formalitäten ausgefüllt sein. Erst in der darauffolgenden Woche wird das Parlament mit einer Thronrede, die das Programm der neuen Regierung bekannt gibt, formell eröffnet werden. Infolge des Regierungswechsels dürften die neuen Minister nicht vor Ablauf einiger Wochen in der Lage sein, gesetzgeberische Vorschläge zu unterbreiten. Deshalb wird sich das Parlament voraussichtlich Ende Juli vertagen und erst zu Beginn des Herbstes seine Arbeiten wieder aufnehmen.

*

Die Unterhauswahlen der Universität Oxford.

:: **London, 5. Juni.** Die Universität Oxford hat zwei Konservative für das Unterhaus gewählt. Damit erhöht sich die Zahl der Konservativen auf 257.

Abreise Dr. Stresemanns nach Madrid.

× **Berlin, 5. Juni.** Zur Teilnahme an der Ratstagung des Völkerbundes in Madrid hat heute abend Reichsaußenminister Dr. Stresemann mit seiner Gemahlin Berlin verlassen. In seiner Begleitung befanden sich Staatssekretär Dr. Pfünder, Reichspressechef Ministerialdirektor Dr. Zechlin und Vortragender Legationsrat Dr. Rillhammer. Am Bahnhof hatten sich zum Abschied der spanische Botschafter Dr. Espinosa de los Monteros mit Herren seiner Botschaft und ihren Damen eingefunden. Deutscherseits gaben der stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Ministeraldirektor Dr. Köpke und Ministerialdirektor Dr. Schneider mit mehreren anderen Herren des Amtes dem Minister das Geleit.

Strafbefehl gegen Max Hölz.

)(**Berlin, 5. Juni.** In der bekannten Auseinandersetzung zwischen dem Redakteur Rabold und dem Kommunistenführer Max Hölz ist jetzt vom Amtsgericht gegen Max Hölz ein Strafbefehl über 50 Mark wegen versuchter Nötigung in Tateinheit mit Körperverletzung erlassen worden. Rabold hatte gegen Hölz Anzeige erstattet, weil er ihn angegriffen und mit Totschlag bedroht hatte. Es handelt sich in diesem Falle darum, daß Rabold seiner geschiedenen Frau das Kind aus der gemeinsamen Ehe, für das ihm durch das Scheidungsurteil das Sorgerecht zugesprochen war, durch die Polizei wegnehmen lassen wollte, um es angeblich dem Einflusse von Hölz zu entziehen. Gegen den Strafbefehl hat Max Hölz Einspruch erhoben, da er in öffentlicher Gerichtsverhandlung den Fall zur Aufklärung bringen will.

Weitere Leichenteilfunde in der Havel

)(**Berlin, 5. Juni.** In der Havel bei Spandau ist heute morgen etwas unterhalb der bisherigen Fundstellen ein weiterer Teil der zerstückelten Leiche aufgefischt worden, über deren Auffindung bereits mehrfach berichtet wurde. Es handelt sich diesmal um den rechten Unterschenkel, den an der Heerstraßenbrücke beschäftigte Anstreicher gefunden und sichergestellt haben. Beim Abfischen des Gewässers in der Nähe von Schildhorn entdeckte der Reichswasserschutz heute vormittag angeschwemmte Teile von Eingeweide. Weil die Fundteile mit denen des Torso übereinstimmen, hat die Kriminalpolizei sämtliche verfügbaren Suchhunde angefordert, um in dem Schilf und Röhricht nach weiteren Körperteilen zu forschen. Das Ergebnis war mittags noch nicht bekannt, da die Hunde mit ihren Führern eine weite Strecke abzugehen haben.

Schweres Explosionsunglück in Italien.

Bisher zwölf Tote.

)) **Mailand, 5. Juni.** In Spilimbergo in Friaul ereignete sich in einem militärischen Munitionslager Dienstag abend eine schwere Explosion. Nicht allen Arbeitern gelang es, sich rechtzeitig durch die Flucht in Sicherheit zu bringen. Zwölf Arbeiter wurden getötet, elf schwer oder leicht verletzt.

Ein japanischer Passagierdampfer durch Brand zerstört.

)(**London, 5. Juni. Der japanische Dampfer „Wuro Maru" ist nach in Tokio eingegangenen Mitteilungen sehr weit von der Küste von Kamtschatka entfernt in Brand geraten und vollständig zerstört worden. Man fürchtet, daß die Besatzung und sämtliche Fahrgäste ihr Leben verloren haben. Eine Bestätigung fehlt vorläufig noch.**

Bewährungsfrist mit Heiratsverbot.

Eine 22jährige Straßenräuberin in Männerkleidern.

÷ **Berlin, 5. Juni.** Wegen schweren Straßenraubes wurde heute die 22jährige Verkäuferin Gertrud Bembenick unter Zubilligung mildernder Umstände zu der Mindeststrafe von einem Jahr Gefängnis verurteilt. Sie hat in einer Märznacht gegen ½3 Uhr als Mann verkleidet ihre frühere Arbeitgeberin, die eine Anzahl Limonadenverkaufsläden betreibt, und deren 18jährige Gehilfin auf der Straße überfallen, ihnen Pfeffer in die Augen geworfen und ihnen die Geldtaschen geraubt, wurde aber sofort von Passanten eingeholt und festgehalten.

Der Angeklagten, die verlobt ist und fleißig gearbeitet hat, bis sie durch Krankheit in Not geriet, wurde unter der eigenartigen Bedingung Bewährungsfrist bewilligt, daß sie während der Zeit von 3 Jahren bis zum Ablauf der Frist nicht heiratet und sich in eine Stellung als Hausangestellte in eine geschlossene Anstalt begibt. Diese Stellung dürfe sie, wenn sie nicht ins Gefängnis wandern wolle, nicht verlassen, ehe die Anstalt sie für gebessert erklärt.

Dieser Gerichtsbeschluß erregte unter den Anwesenden ebenso großes Aufsehen, wie die Entscheidung desselben Richters in einem früheren Falle, in dem er ungefähr eine Bewährungsfrist mit der Bedingung bewilligte, daß der Angeklagte das junge Mädchen, das er aus Eifersucht durch ein Salzsäureattentat entstellt hatte, nunmehr heiraten müsse.

Aus der Heimat.

Das Bocholter Schulwesen im Jahre 1928.

Bocholt, 6. Juni. Die Stadt Bocholt darf sich eines gutentwickelten Schulwesens rühmen. Volksschulen, Berufsschule, Fachschulen und höhere Schulen sind vorhanden, um dem heranwachsenden Geschlecht Erziehung, Bildung, Kenntnisse und Berufswissen zu vermitteln.

Die Volksschulen.

Bocholt besitzt 8 Volksschulsysteme, darunter 7 katholische, 1 evangelisches, 1 Hilfsschule, an denen zusammen in 91 Klassen z. Zt. 4162 Schüler und Schülerinnen unterrichtet werden. Die Durchschnittsklassen-Frequenz in den katholischen Schulen beträgt 46,4, an der evangelischen 36,6 und an der Hilfsschule 22,7. Die am Orte bestehende jüdische Schule ist auch eine öffentliche; ihr Träger ist die jüdische Gemeinde, die eine eigene Schulsozietät bildet, während die übrigen Schulen zu einem gemeinsamen Schulverbande zusammengeschlossen sind.

Die wichtigste Aufgabe, die in der letzten Zeit auf dem Gebiete des Volksschulwesens der Lösung zugeführt werden mußte, war der Ausbau der Hilfsschule, die jetzt ein eigenes 4klassiges Schulsystem mit einem Hauptlehrer und drei weiteren Lehrkräften darstellt. Ihr Ausbau war notwendig, weil die leider nicht unerhebliche Zahl von schwachbegabten Kindern sich als ein Hemmnis für den geistigen Fortschritt der normal beanlagten erwies, solange diese Kinder gemeinschaftlich in einer Klasse unterrichtet wurden. Die Hilfsschule ist in der Lage, nach ganz anderen Methoden zu arbeiten und die Schwachbegabten soweit zu fördern, daß auch aus ihnen brauchbare Menschen werden.

Einem dringenden Bedürfnis entsprach der **Erweiterungsbau der Volksschule an der Münsterstraße**, dessen Notwendigkeit durch eine den Stadtverordneten überreichte Denkschrift nachgewiesen und von ihnen einstimmig beschlossen wurde. Die Notwendigkeit ergab sich vor allem daraus, daß zwischen Münsterstraße und Friedhof ein ganz neues Stadtviertel entstanden war, das sich noch fortgesetzt vergrößert. Der Erweiterungsbau mit seinen 12 Klassenräumen wird vollständig von der Volksschule in Anspruch genommen, während der Altbau mit 8 Klassenräumen zunächst der Berufsschule zur Verfügung gestellt wird, die ja bekanntlich das ihr bisher dienende Gebäude am Gasthausplatz verlassen muß, und die an der Münsterstraße auch nur eine vorübergehende Unterkunft finden wird. Bevor der Schulerweiterungsbau beschlossen wurde, ist namentlich auch durch die Schuldeputation die Frage eingehend geprüft worden, ob man den Neubau etwa durch die Einführung des Nachmittagsunterrichts überflüssig oder aufschiebbar machen könne. Die dagegen vorgebrachten Gründe waren aber so stichhaltig, daß man sich von ihnen überzeugen lassen mußte.

Bemerkenswert ist, daß die Zahl der schulpflichtigen Kinder in den nächsten Jahren nach den auf Grund des Geburtsregisters angestellten Ermittlungen schnell ansteigen wird, sodaß bereits etwa im Jahre 1931 das fünfte und im Jahre 1934 das sechste Tausend überschritten wird.

(Fortsetzung folgt.)

Abgabe der Steuererklärung für den Gewerbeertrag für das Steuerjahr 1929.

Bocholt, 6. Juni. Auf die öffentliche Aufforderung des Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses (Oberbürgermeister) zur Abgabe der Steuererklärung für das Steuerjahr 1929 über den Gewerbeertrag wird auch an dieser Stelle besonders aufmerksam gemacht. Die Formulare zur Steuererklärung sind den Steuerpflichtigen bereits zugestellt. Verpflichtet zur Abgabe einer Steuererklärung ist jeder Inhaber eines stehenden Gewerbes. Im Interesse einer ordnungsmäßigen Durchführung des Veranlagungsgeschäftes bis zum nächsten Zahlungstermine der Gewerbeertragssteuer werden sämtliche Gewerbetreibende dringend ersucht, die Erklärung bis zum 15. Juni ausgefüllt einzureichen.

Flugtag in Bocholt

* **Bocholt**, 6. Juni. Heute hören wir von der Flugleitung zu dem am Sonntag, dem 9. Juni, stattfindenden großen Volks- und Werbeflugtag an der Biemenhorsterstraße, daß bei der Veranstaltung im ganzen 4 Flugzeuge mitwirken werden. — **Eine Sensation** wird, wie bereits schon vorher erwähnt, der als zweiter Fieseler bekannte Graf Taffilo von Schaumburg bilden, der durch sein abwechslungsreiches Kunstflugprogramm im Publikum keine Langweile aufkommen lassen wird. Eine Staffette zwischen Motorradfahrer, Läufern und Flugzeugen wird außer technischen auch körperliche Qualitäten zum Ausdruck bringen. Die Biemenhorster Chaussee sowie alle um den Flugplatz herumliegenden Wege sind für den Sonntag nachmittag wegen der damit verbundenen Lebensgefahr polizeilich gesperrt. Fahrräder und Wagen (Autos) dürfen auf keinen Fall auf dem Fluggelände aufgestellt werden. Es ist durch Fahrrad- und Kraftfahrzeugständer für die Aufstellung der Fahrzeuge und deren Sicherheit reichlich Sorge getragen. Den Restaurationsbetrieb führt in großzügiger Weise der Gastwirt Weißing aus Bocholt durch, und eine große Kapelle wird auch in den kleinen Pausen in jeder Form für die Unterhaltung des Publikums Sorge tragen. Außerdem soll an dieser Stelle nochmals auf den Schlager des Tages und zwar auf den von Frau Triebner aus Hamburg ausgeführten Fallschirmabsprung hingewiesen werden. Diese kühne Frau, die kaum 26jährig, schon im vergangenen Jahre, wie bereits vorher erwähnt, auf tragische Art ihren Gatten auch als Fallschirmspringer verloren hat, soll hier im Ort ihren 113. Absprung zur Durchführung bringen.

Ortskartell des Deutschen Beamtenbundes.

Bocholt, 6. Juni. Man schreibt uns: Durch das von den Beamten-Spitzenorganisationen getragene Heimstättenamt der Deutschen Beamtenschaft wurde die Beamten-Siedlungsverordnung von 1924 und das Beamtenheimstättengesetz von 1927 veranlaßt. Mit Hilfe der Beamten-Siedlungsverordnung sind über 3500 Heimstätten-Darlehen für die abgebauten Beamten vergeben worden. Eine weit höhere Bedeutung hat das Beamten-Heimstättengesetz, das für alle aktiven und pensionierten Reichs-, Länder- und Gemeindebeamten, Lehrer, sowie für die Geistlichen und für Berufssoldaten gilt. Zur Durchführung dieses Gesetzes ist die ebenfalls von den Beamten-Spitzenorganisationen zugelassene Beamten-Bausparkasse gegründet worden, die in der kurzen Zeit ihres Bestehens von Sommer 1928 bis Anfang 1929 bereits rund 400 Heimstätten-Darlehen im Betrage von 2000 bis 20 000 Rm. den Bausparern bereitstellen konnte und außerdem zahlreiche vorzeitige Darlehen beschafft hat. Aber nicht allein für die Beamtenschaft selbst und die unmittelbar zu ihr gehörenden Kreise wirkt das Heimstättenamt der Deutschen Beamtenschaft, sondern es ist bestrebt, für alle Teile unseres Volkes mit gleicher Liebe der Heimstättenbewegung und der Heimstättenerstellung zu dienen. Hier hat sich die Beamtenschaft eine große Aufgabe gestellt und will mithelfen am Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes. Jeder deutschen Familie soll die Möglichkeit gegeben werden „ein vor Wucherhänden geschütztes Heim, in dem der Aufwuchs an Leib und Seele gesunder Kinder möglich ist" zu erwerben, wie es von unserm Reichspräsidenten gefordert und in der Reichsverfassung verheißen ist. Diese Angelegenheit, die zweifellos zu den wichtigsten der Gegenwart gehört, soll in der vom Ortskartell Bocholt des Deutschen Beamtenbundes im Bürgerkrug auf Samstag, den 8. Juni, abends 8.30 Uhr einberufenen Versammlung eingehend behandelt werden. Der Geschäftsführer des Heimstättenamtes Westfalen der Deutschen Beamtenschaft, Katasterinspektor Jürgens, Bünde, der nicht nur in seinem Wohnkreise als Kommunalpolitiker sich in der Heimstättenbewegung erfolgreich betätigt, sondern dessen Arbeiten und Vorträge weit über Westfalen hinaus ernste Beachtung und Zustimmung gefunden haben, wird in der Versammlung sprechen. (Vergl. auch die Anzeige in unserer Freitags-Ausgabe.)

Nachtrag zur Stadtverordneten-Sitzung.

ws. **Bocholt**, 6. Juni.

Um die Quintessenz des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1929 genauer zu begreifen, sei nochmals festgestellt, daß der Haushaltsplan 1920-30 mit einer Bruttoeinnahme und Ausgabe in seiner ordentlichen Verwaltung mit 4 644 700 Rm. und mit 2 150 000 Rm. in der außerordentlichen Verwaltung abschließt. Es blieb noch ein Gemeindesteuerfehlbetrag von 1 248 806,85 Rm. zu decken. Dazu werden aus dem voraussichtlichen und auf neue Rechnung vorzutragenden Ueberschuß des Jahre 1928 in Höhe von rund 247 000 Rm. vorab 179 606,85 Rm. verwendet, sodaß noch 1 069 200 Rm. zur Deckung blieben. Dieser Steuerbedarf soll durch den Beschluß der Stadtverordneten in den einzelnen Realsteuerarten wie folgt aufgebracht werden: 1. **210 Prozent Zuschlag zur Grundvermögenssteuer** — Grundbetrag 120 000 Mark — **ergibt 252 000 Mk.** — 2. **620 Prozent zur Gewerbeertragssteuer** — Grundbetrag von 80 000 Mark — **ergibt 496 000 Mark.** — 3. **1860 Prozent Zuschlag zur Lohnsummensteuer** — Grundbetrag von 17000 Mark — **ergibt 318 000 Mark.** — 4. Die Zuschläge zu 2 und 3 erhöhen sich im Sinne des § 43 der Gewerbesteuerverordnung für Versicherungs-, Bank-, Kredit- und Warenhausunternehmen, die im Stadtbezirk Bocholt, ohne in ihm ihren Hauptsitz zu haben, Betriebsstätten unterhalten. Das ergibt **5000 Mark.**

*

Aus den Mitteilungen des Herrn Oberbürgermeisters seien noch einige interessante festgehalten. Zunächst einmal die Höhe der Kosten bei den einzelnen Straßenbau-Methoden. Es kosten: Granitgroßpflaster auf Packlage mit Fugenverguß pr. qm. rund 25 Rm., Kleinpflaster auf Chausseierung mit Unterbau rd. 18—20 Rm., Stampfasphalt auf Betonunterlage (Asphalt 5 cm. Beton 20 cm. stark) je qm. rd, 18—20 Rm. Walzasphaltdecke auf Chausseierung mit Unterbau rd. 13—14 Rm. Solidit-Betonstraßen von 25 cm. Stärke pr. qm. rd. 15 Rm., von 20 cm. Stärke rd. 13 Rm. — Hierbei ist allerdings besonders hervorzuheben, daß es sich bei der Verschiedenartigkeit der jeweiligen Lage der Fälle und dem ständigen Schwanken der Materialpreise nur um rohe Richtpreise handeln kann; es soll lediglich gezeigt werden, daß ein nicht unwesentlicher Kostenunterschied in der einzelnen Bauart besteht. Prof. Ohnesorge-Hannover, Vorsitzender des Forschungsinstituts für Straßenbau hat in seiner einschlägigen Schrift eine interessante Untersuchung über den Betonstraßenbau angestellt und unter anderem gesagt, daß es in der Natur der Sache liege, daß eine gute Betondecke wenig Unterhaltungsarbeit verlangen werde. Anderseits sind die Ansichten in den Fachschriften über die Frage, ob die Druckfestigkeit des Betons den an sie berechtigterweise gestellten Ansprüchen genüge, und wie sich die im Wettbewerb stehenden Baustoffe der einzelnen Bauarten hinsichtlich der Kombination aller maßgeblichen Eigenschaften wie Zähigkeit, Abnutzungswiderstand, Wetterbeständigkeit usw. verhalten, so verschieden, daß wir uns heute von unserem kommunalwirtschaftlichen und praktischen Standpunkte aus wohl kein abschließendes Urteil erlauben können. Für unsere Straßenbauverhältnisse in Bocholt muß das die Erfahrung zeitigen.

*

In der Gesundheitsfürsorge kann ein Erfolg nur durch planmäßiges Vorgehen gewährleistet sein. Es war daher besonders erfreulich zu hören, daß kürzlich der im Auftrage des Ministers hier anwesende Zentral-Tuberkulosefürsorge-Ausschuß unter Leitung des Ministerialrats Dr. König nicht nur die Lungenfürsorgestelle Bocholt in ihrer Einrichtung, sondern vor allem auch in ihrem Arbeitsplan und Wirken für mustergültig erklärte, wie ebenso freudig festgestellt werden konnte, daß bei der Teilnahme des Säuglingsarztes bei einem Berliner Fach- und Fortbildungskursus auf Grund der Statistik über die Erfolge der Mütterberatungs- und Säuglingsfürsorgestellen die Stadt Bocholt besondere Anerkennung erfuhr, insbesondere im Hinblick darauf, daß 90—95 Prozent aller Mütter in Bocholt stillen und daß die Mütterberatungsstelle von 30—50 Prozent aller Jungmütter mit ihren Kindern aufgesucht wird.

*

Ueber die Rentlichkeit der Bocholter gab die Frequenz der Badeanstalt am Lagerhof ein treffliches Bild. Es hat sich seit dem Tage der Eröffnung am 14. Januar 1929 herausgestellt, daß die Benutzung ganz erheblich höher ist als angenommen wurde, und daß auch nach der zwar erst kürzlich erfolgten Eröffnung der Flußbadeanstalt der Besuch kaum nennenswert zurückgegangen ist. In der Zeit vom 24. Januar bis 25. Mai 1929 sind 2116 Wannenbäder, 10 455 Brausebäder, zusammen also 12 571 Bäder gegenüber dem Etatsansatz von 8002 abgegeben wurden. Außerdem wurden in dieser Zeit 6038 Schulbäder genommen. Es ergibt sich gegenüber dem Voranschlag ein Mehr von: Wannenbäder 25,1 Prozent, Brausebäder 65,9 Prozent.

*

In dem in der gestrigen Nummer veröffentlichten Sitzungsbericht sind uns bei dem Punkt „**Wahl zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen**" Fehler unterlaufen. Die Namen der Vertrauensmänner müssen für das Jahr 1930 lauten: 1. Fabrikant Franz Tangerding, 2. Arbeitersekretär Josef Jakob, M. d. L., 3. Rauher Heinrich Ingenhorst, 4. Buchbindermeister Joh. Valk, als Stellvertreter wurden 1. Kaufmann Gerhard Ebbing, 2. Fabrikant Franz ten Hompel gewählt. — Den aus der Deputation ausscheidenden Mitgliedern Herren Reygers und Hüsken dankte der Oberbürgermeister in besonders anerkennenden Worten für ihre langjährige treue Mitarbeit.

*

Zum Schluß der Sitzung wurden noch folgende Punkte verhandelt und angenommen:

10. Baugesuch des Bäckermeisters Johann Imping und des Bankdirektors Wilhelm Lindenberg (Wiederholung).

11. Uebereignung von Straßengelände an der Oststraße, an der Dixperloer Straße und an der Urbachshäuser Str. und Austausch von Straßengelände an der Verbindungsstraße zwischen Ostwall und Viktoriastraße.

12. Kleine Umbauten über die Fluchtlinien an der Ostmauerstraße, Nordmauerstraße, Südmauerstraße und Nebenstraße.

13. Abänderung bzw. Verlängerung der Fluchtlinie der Franzstraße vom Mühlenweg bis zur Gemeindegrenze.

14. Freigabe von Grundstücken des Bocholter Bauvereins aus der Mithaft und Bürgschaftsübernahme für denselben für ein Darlehn bei der Landesversicherungsanstalt.

15. Ankauf des Grundstücks Osterstraße Nr. 65 von dem Händler Leser Landau und eines Grundstücks beim Schlachthof in Größe von 15,92 ar von der Wwe. Johann Seesing. — das erste Grundstück kostet 23 000 Mk., der Betrag wird dem Fluchtlinien-Regulierungsfond entnommen; Grundstück Seesing hat einen Gesamtkaufpreis von 785 Rm.

16. Gemeindebeschluß betr. die Erhebung von Beiträgen gemäß § 9 des Kommunalabgabengesetzes.

17. **Abrechnung** über die Regulierung der Heggen- bzw. Alten-Aa. — Für die Regulierung der Heggen- bzw. Alten-Aa sind ausgegeben insgesamt 68 560,52 Rm. Der Staat hat jedoch bisher nur gezahlt 14 587,20 Rm. Es verbleibt somit noch ein Restbetrag von 53 973,32 Rm., davon werden 50 Prozent = 42,44 Rm. pro Ar auf die Anlieger umgelegt, auf Grund des Beschlusses, wie er unter Punkt 16 gefaßt wurde. .

*

Zur Illustration des Verlaufs der Sitzung seien noch einige Leuchtkugeln abgeschossen:

Als der Vorsitzende um 4.45 Uhr, nach voraufgegangener kurzer Geheimsitzung, die über die Weiteranstellung dreier Beamter Beschluß faßte, die öffentliche Versammlung eröffnete, trat sofort die kommunistische Gruppe auf den Plan. Stadtv. Schlatt beklagte sich darüber, daß sein Fraktionsführer Schmitz mit Polizeigewalt aus einer Sitzung der Rechnungskommission herausgeschmissen worden sei, worauf der Oberbürgermeister meinte, daß jeder nach seiner Fasson behandelt werde. Dann wollte Stadtv. Schmitz einen Antrag auf Anberaumung monatlicher Stadtverordnetensitzungen durchdrücken, was ihm aber nicht gelang. Und da die Kommunisten Miene machten, mit Dringlichkeitsanträgen eine eigene Sitzung zu inszenieren, so wurde dieser Absicht durch angenommenen Antrag auf Schluß der Debatte bald der Garaus gemacht. Es wurde dabei darauf aufmerksam gemacht, daß Anträge zum Verhandlungsprogramm spätestens 3 Tage vor der Sitzung schriftlich eingereicht werden und die Unterschrift von mindestens 4 Stadtverordneten tragen müssen. — Bei Punkt 2. Wahl der Mitglieder der Deputation (Verwaltung und Beaufsichtigung der städt. Betriebswerke) entstand ein „Streit um des Kaisers Bart". Die Stadtverordneten Schlatt (KPD.) und Ludwig (SPD.) bemängelten, daß diese Kommission selbständig als ausschlaggebende Instanz die Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise festsetzen könne. Bürgermeister Brockhoff entgegnete, daß die Kommission sich nach demselben Kräfteverhältnis zusammensetze wie die Vollversammlung. Wenn man die Kommission nach dem Verwaltungsvorschlage zusammensetze (nur Stadtverordnete), so würden dem Plenum viele nutzlose Debatten und Agitationsanträge erspart bleiben. Stadtverordneter Bellwinkel (DN.) verteidigte die Deputation und ihre Entschlüsse, denn diese würden auch vom Plenum angenommen werden. Stadtv. Hammers (Zentr.) fand die ganze Diskussion überflüssig, weil die Frage garnicht akut sei, denn in den letzten 4 Jahren habe die Deputation noch keine Erhöhung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise beschlossen. Stadtv. Landtagsabgeordneter Jakob (Zentrum) wies darauf hin, daß es in der Ordnung sei, wenn das Plenum von Debatten über solche Preiserhöhungen verschont bleibe, und die Kommission das in engem Kreise regele. Denn die jetzt entbrannte Diskussion zeige zur Genüge, wohin derartige öffentliche Debatten führten. Dem stimmte die Verwaltung zu, und es wurde dementsprechend beschlossen. — Stadtv. Ludwig (SPD.) polemisierte gegen die Zwangslage der städtischen Betriebswerke, einen möglichst hohen Gewinn erzielen zu müssen. Von solchen Werken sollten keine Reingewinne verlangt werden, die sie im Interesse der Allgemeinheit nicht tragen könnten. Auch erschienen ihm die Geschäftsberichte etwas „frisiert" zu sein, wie das ja oft bei großen Betrieben aus gewissen Gründen der Fall sei. Bürgermeister Brockhoff wehrte sich gegen letztere Aeußerung des Vorredners. Die Bilanz der städt. Betriebswerke sei nicht „frisiert"; in diesem Jahre sei die Bilanz von der Treuhandgesellschaft in Düsseldorf sehr eingehend geprüft und gelobt worden, weil sie sorgfältig aufgestellt sei. — Nun zur Biersteuer! Das ist ja nun ein heißes Thema, denn auf der einen Seite stehen die Wünsche der Bevölkerung, auf der anderen zarte Winke des Regierungspräsidenten. Die Stadtv. Sommer (Zentr.), Krüger (SPD.) und Schmitz (Komm.) lehnten für ihre Fraktionen die Biersteuer ab. Auf die Ausführungen des Stadtverordneten Schmitz, der statt Biersteuer eine Weinsteuer propagierte, antwortete Stadtv. Jakob, daß im Hinblick auf das schwierige Gewerbe der Weinbauern, das zum größten Teil auch noch vom Wetter abhängig sei, die Weinsteuer vom Reichstag aufgehoben wurden. Denn wie die Erfahrung vergangener Jahre gezeigt habe, würden durch Besteuerung der Weine ganze Gegenden Deutschlands veröden und viele Tausende Weinbauern ruiniert.

*

Bei der Beschlußfassung über die oben angeführten restlichen Punkte der Tagesordnung kam etwas mehr Tempo auf. Sie wurden in einer knappen halben Stunde erledigt. Was die Regelung der Schulgeederhebung am Gymnasium und Realgymnasium betrifft, so ist zu dem dazu gefaßten Beschluß der Stadtväter noch das Einverständnis des Bezirksausschusses notwendig. Sobald dieses erteilt ist, werden wir auf die Angelegenheit noch ausführlich zurückkommen.

*

Um 6.30 Uhr ergriff Oberbürgermeister Dr. Schmitz das Wort zu seiner Etatsrede, die über eine Stunde dauerte. Sie bildete nicht nur ihrer Dauer, sondern auch ihrer Qualität nach den Haupt- und Mittelpunkt der ganzen Sitzung. Im übrigen haben wir das Notwendige dazu bereits in unserem Hauptbericht gesagt. Als nach den Ausführungen des Stadtoberhauptes zur Abstimmung über den Etat und die geforderte Umlage der Kommunalsteuern geschritten wurde, ereignete sich der nicht freiwillige Exodus einiger sich durch Zwischenrufe unliebsam bemerkbar machenden Jünglinge.

*

Indessen störte dieser Zwischenfall nicht weiter; denn die Versammlung war allmählich an allerhand Radau gewöhnt worden, da man nämlich „sorgsamer" Weise keinen besseren Zeitpunkt zur Aufrichtung eines Anstreichergerüstes im großen Saale des Schützenhauses hatte wählen können als den, wo die Stadtverordnetensitzung stattfand. Und da der kleine Saal, in dem die Stadtväter tagten, bekanntlich nur durch Glastüren vom großen getrennt ist, so wackten die spektakelnden Gerüstbauer gerade kein liebliches Echo im Verhandlungsraum.

Bund ehemaliger 144er.

Bocholt, 6. Juni. Die Ortsgruppe Bocholt des Bundes ehemaliger 144er begab sich am Samstag unter Führung des Vorsitzenden Herr Zollkommissar Henschel und mit der ganzen Musikkapelle, Leitung Herr Scholz, zur dritten Bundes-Tagung nach Düsseldorf, wo Wiedersehensfeier mit Fahnenweihe stattfand. In Düsseldorf angekommen, ging es in geschlossenem Zuge, an dem sich 1000 ehemalige Kameraden vom Regiment Nr. 144 beteiligten, zum Vereinslokale Küpper, Luisenstraße. Dort fand ein kleiner Festakt nebst Begrüßung statt. Abends war die Hauptfestversammlung mit Fahnenweihe in der bekannten Rheinterasse. Die Begrüßungsrede hielt der Vorsitzende der Düsseldorfer Ortsgruppe, Herr Fabrikant Pfeil. Die Fahnenweihe nahm Herr Generalmajor a. D. Thümmel, Bielefeld vor. Die ganze Feier machte einen großen erhabenen Eindruck; Fahnennägel wurden von 20 verschiedenen Ortsgruppen überreicht. Der Gesangverein „Lorelei" verschönte den Abend mit Gesangvorträgen; die Musik wurde ausgeführt von der Bocholter Kapelle, die sich den Dank aller Anwesenden erwarb. Sonntag morgen war Kirchgang, dann Schießen, wobei die Bocholter Kameraden Vorsitzender Henschel, Booms, Fering, Scholz, Giesen die ersten Preise holten. Dann fand auf dem Südfriedhof eine Gefallenen-Ehrung statt. Am Nachmittag war Besichtigung der Stadt. Um 6 Uhr ging es wieder der Heimat zu. Die nächste Wiedersehensfeier der 144er findet im nächsten Jahre in Bocholt statt.

Auf der Fahrt in die neue Heimat.

e. **Bocholt**, 6. Juni. Dienstag morgen verließen Frau Johanna Elsinghorst, geb. Barking, mit Kind Herbert ihre Heimatstadt Bocholt, um am heutigen Tage von Bremerhafen aus mit dem Dampfer „Stettin" die Fahrt nach Amerika anzutreten. Herr Bernhard Elsinghorst ist schon über 1 Jahr in Cleveland (Ohio) beschäftigt und wird sicher den Tag der Ankunft von Ehefrau und Kind mit Freude erwarten.

Schützenfest Feldmark.

Bocholt, 6. Juni. Der Schützenverein Feldmark hielt am 31. Mai und 1. Juni sein Schützenfest ab. Als König ging Herr Bernhard Tenhagen hervor, der sich seine Frau zur Königin wählte. Beim Schießen errangen den ersten Preis: Johann Böwing, den zweiten Preis Bernhard Booms und den dritten Preis Gerhard Benning.

Verantwortlich für den Fenoteil: Für Politik Chefredakteur Dr. Maier, für Feuilleton Josef Hom, für Westdeutschland Fr. Schuhmacher, für Handel und Sport Dr. Ing. W. Henkel, sämtlich in Dortmund. Für Münster und das Münsterland Bernhard Rupig, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Häfner, Berlin-Lichterfelde. Verlag: A. & W. Temming, Bocholt. Oertliche Schriftleitung Josef Wells, Bocholt. Für den örtlichen Anzeigenteil Rob. Remkes, Bocholt.

Um die Benutzung elektrischer Haushaltgeräte zu fördern, gibt das Städtische Elektrizitätswerk auf Antrag

transportable Abzähler mit Steckdosenanschluß ab,

gegen eine monatliche Miete von 0,60 RM.

Der in Hausgeräten verwendete Strom wird zum Kraftstrompreis von 20 Pfg. pro Kilowattstunde berechnet.

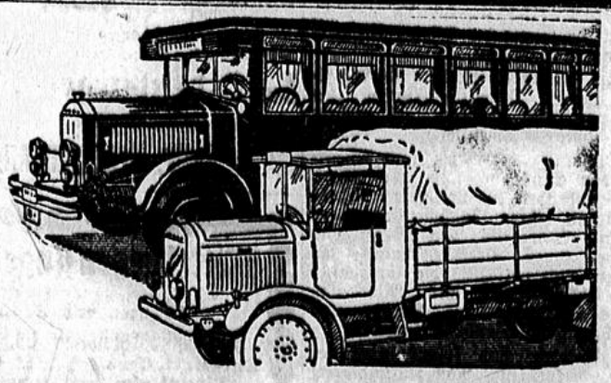
VOMAG

Unerreicht

in Konstruktion, Material und Leistung.

Geringster Ersatzteilebedarf — *Wenig Reparaturen*

daher die enorme Nachfrage und Produktionssteigerung 1929 um 120%



Vogtländische Maschinenfabrik A.-G., Plauen i. Vgtl.

Vertretung: Autohaus Rave, Bocholt, Münsterstr. 76/80. Fernsprecher 2685.

Aus Nah und Fern.

Büngern, 6. Juni. **Schadenfeuer.** Am letzten Sonntag abend entstand in der Holzscheune des Landwirts Hegedorn in Büngern ein Brand, der in kurzer Zeit das ganze Gebäude in Asche legte. Sämtliches Ackergerät und ein Schwein fielen dem verheerenden Feuer zum Opfer. Die Rettungsarbeiten waren wegen des fehlenden Wassers außerordentlich schwierig, so daß das Feuer sich selbst überlassen werden mußte. Der entstandene Schaden beläuft sich auf ungefähr 1000 Mark, ist aber durch Versicherung gedeckt.

Vom Niederrhein.

—n. **Isselburg**, 6. Juni. **Frühjahrs-Kirmes.** Unsere diesjährige Frühjahrs-Kirmes stand unter einem ungünstigen Stern. Seit Tagen herrschte ungemütliche kalte Witterung und der Regen, so sehr er für Garten, Feld und Wiese ersehnt war, verwässerte die Kirmesstimmung sehr. Auf dem Markte herrschte das bekannte Bild, aber es fehlte diesmal das Karussel, die Krone der Kirmes. An Exo's Mühle hatte eine Reitbahn ihr großes Zelt aufgeschlagen, das regen Zuspruch hatte. Ihr scheint es hier gut zu gehen, da sie seit Jahren regelmäßig erscheint. Der Fremdenbesuch war trotz des ungünstigen Wetters verhältnismäßig stark, gegen Abend aber wurde es still auf dem Markte. Das junge Volk und auch ältere Freunde der Tanzkunst vergnügten sich bei Spiel und Tanz in den Sälen. An vier Stellen war Tanz, in mehreren Restaurants Konzert; auf den Tanzböden herrschte bis spät in die Nacht hinein reges und überschäumendes Leben bei gutem Besuch. Dann wurden Markt und Straße stiller. Und nach den Tagen des Trubels wird mancher flotte Kirmesgast seine Börse mit sehr gemischten Gefühlen betrachten.

—n. **Isselburg**, 6. Juni. **Dreifaches Familienfest.** Am Mittwoch feierte die Familie Werkmeister Andreas Geukes von hier ein dreifaches seltenes Fest. Herr Andreas Geukes und Frau, geb. Welling, feierten an diesem Tage das Fest der silbernen Hochzeit, während eine Tochter die grüne Hochzeit beging und eine andere Tochter für diesen künftigen Schritt sich verlobte.

—t. **Isselburg**, 6. Juni. **Standesamtliches.** Im Monat Mai gelangten auf dem hiesigen Standesamte 3 Geburten, 6 Eheschließungen und 2 Sterbefälle zur Anmeldung.

Turnen, Sport und Spiel.

F. C. Olympia.

— Die Spieler der ersten und zweiten Jugendmannschaft haben sich zwecks Besprechung der Fahrt nach Duisburg zur Einweihung des Jugendheimes am Donnerstag, den 6. Juni, 7,30 Uhr, auf dem Platze einzufinden. Jugendliche, die fehlen, nehmen an dieser Fahrt nicht teil. Die Abfahrt nach Duisburg erfolgt am Sonntag, den 9. Juni, morgens 9 Uhr ab Capitol-Theater per Autobus.

Sport- und Spielverein „Einigkeit" 1911.

Am vergangenen Sonntag fand eine mäßig besuchte Monatsversammlung im Vereinslokale statt, die um 11 Uhr vom 1. Vorsitzenden eröffnet wurde. Die fünf Punkte der Tagesordnung sowie Punkt Verschiedenes fanden restlose Erledigung und erst in vorgerückter Stunde fand die angeregt verlaufene Versammlung ihr Ende. Aus dem Versammlungsbericht wäre folgendes zu erwähnen. Im kommenden Monat wird der Verein mit einer großen Propaganda-Sportveranstaltung an die Oeffentlichkeit treten und dazu namhafte, auswärtige Kräfte, die sich mit den besten unseres Vereins messen werden, verpflichten. Ein festes Programm besteht noch nicht, da die Ausarbeitung desselben einer Kommission übertragen und dieselbe das Programm auf der nächsten Monatsversammlung ausführlich bekannt geben wird. Der diesjährige Familien-Ausflug findet am Sonntag, den 14. Juli, nach Gut Tebroke, Hohenhorst, statt. Da für die Gewichtheber eine Uebungsstunde in der Woche nicht ausreicht, wird von jetzt ab auch auf dem Fildeken ein Hantel zur Stelle sein, und wir erwarten von den Aktiven restlose Beteiligung. Ferner wurde nochmals Klage darüber geführt, daß nicht restlos alle Aktiven des Vereins sich zu den Uebungsstunden einfinden. Der Vorstand sieht sich deshalb genötigt, in Zukunft mit aller Strenge gegen derartige Säumige vorzugehen. Denn es geht nicht an, da die kommenden Wettstreite nahe bevorstehen, daß Aktive unvorbereitet sich an diesen Kämpfen beteiligen können. Darum Aktive, beherzigt vorstehendes und erscheint von jetzt ab vollzählig und vor allen Dingen pünktlich zu den Uebungstunden, die von jetzt ab wie folgt stattfinden: Dienstags von 7,30—10 Uhr für Senioren und Jugendliche auf dem Fildeken; Leichtathletik, Gymnastik, Expander, Gewichtheben Freitags abends in der Städt. Turnhalle für Senioren, Jugendliche und Schüler von 7,30—10 Uhr, Geräteturnen, Spiele, Ringen und Stemmen.

Ingenieurschule Altenburg Thür.
Maschinenbau — Elektrotechnik
Automobil- und Flugzeugbau.
Prospekt frei

Geschäftliches.

Eine interessante Vorführung machte am Sonnabend nachmittag ein hiesiger Chemikalien-Vertreter. Auf der Straße nach Rhede waren Arbeiter damit beschäftigt, die Eichenbäume von den Millionen von Raupen mittels Bürsten zu reinigen. Der Vertreter F. K. nahm eine Spritze mit „Rebeltod" und bespritzte einen Baumstamm, welcher mit Raupen übersät war. Zum großen Erstaunen aller Zuschauer fielen nach einigen Sekunden sämtliche von dem feinen Nebel betroffenen Raupen leblos zur Erde. Wie der Vertreter versicherte und die Zuschauer sich überzeugten, ist der Verbrauch äußerst gering, auch die Anschaffungspreise sind sehr niedrig gehalten. Jeder Landwirt sollte deshalb nicht versäumen, sich ein solches Mittel anzuschaffen. (Siehe Anzeige.)

*

Gartenwirtschaft-Eröffnung.

Samstag, den 8. Juni, findet bei guter Witterung in den neuen Gartenanlagen der Restauration „Zur Glocke", Inhaber Reinhard Ehlting, eine „Italienische Nacht" statt. Das Konzert wird von der gesamten Bocholter Kriegerkapelle ausgeführt. Die Pausen werden durch Gesangvorträge des MGV. Sängerlust ausgefüllt. Der Garten ist bengalisch beleuchtet. (Siehe Anzeige in morgiger Nummer).

Nachruf.

Nach kurzer Krankheit verstarb am Dienstag, den 4. Juni 1929, unser Weber (4875

Herr

Johann Schumacher

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen braven und fleißigen Mitarbeiter, dessen Andenken wir in Ehren halten werden.

Firma Ebbert & Mayland, deren Angestellte, Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Statt jeder besonderen Anzeige!



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute morgen meine liebe Schwester, unsere gute Schwägerin, Tante und Großtante

Ww. Lehrer August Fischer

Theodora, geb. Böggering

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Sie starb nach kurzer schwerer Krankheit, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten nach einem christlich-frommen Lebenswandel im Alter von beinahe 77 Jahren.

Wir empfehlen die Seele der Verstorbenen der christlichen Fürbitte.

Die trauernden Angehörigen.

Bienen, Liedern, den 5. Juni 1929.

Das feierliche Seelenamt findet statt am Samstag, den 8. Juni 1929, morgens 8.30 Uhr in der Liebfrauenkirche, darauf die Beerdigung vom St. Agneshospital aus, wozu freundlichst eingeladen wird.

---

†

Das Jahres-Seelenamt
für den verstorbenen
Kaufmann

Wilhelm Hövener

findet statt am Freitag morgen 8 Uhr in der Liebfrauenkirche, wozu freundl. eingeladen wird.

Stadt Anholt.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Herrn Landrats zu Borken vom 30. April 1929 über Berücksichtigung der durch den strengen Winter verursachten Schäden in steuerlicher Hinsicht, werden diejenigen Gemeindeeingesessenen, welche glauben Schäden fraglicher Art, wie Auswinterung, Frostschäden an eingemieteten Kartoffeln, Rüben und dergleichen in einem derartigen Ausmaße erlitten zu haben, daß ihre steuerliche Berücksichtigung berechtigt erscheint, daran erinnert, spätestens bis zum 8. Juni diese Schäden auf dem Bürgermeisteramt in Anholt zur Anmeldung zu bringen.

Anholt, den 4. Juni 1929. (4878

Der Bürgermeister: Schulte.

RHEDE.

Bekanntmachung.

Nach § 3 Absatz 1 Ziffer 1 des Ausführungsgesetzes zur Maß- und Gewichtsordnung vom 30. Mai 1908 (R. G. Bl. S. 349) vom 3. Juni 1912 (G. S. S. 129) wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß im Amtsbezirk Rhede an folgenden Tagen Eichungen stattfinden, und zwar:

1. für die Gemeinde Crommert am 11. und 12. Juni 1929 im Hause des Kleinhändlers Heinr. Hartmann in Crommert.
2. für die Gemeinde Bardingholt und zwar: für den Schulbezirk I am 14. Juni 1929 und für den Schulbezirk II (Spoler) am 15. Juni 1929 im Hause des Kleinhändlers Wilhelm Stockhorst in Bardingholt.
3. für die Gemeinde Rhede am 19., 20. und 21. Juni 1929 im Saale des Wirtes Wilhelm Hengstermann in Rhede.
4. für die Gemeinden Altrhede, Büngern und Krechting am 22. und 25. Juni 1929 im Saale des Wirtes Wilhelm Hengstermann in Rhede.

Die zu eichenden Maß- und Wiegegeräte sind in den Vormittagsstunden von 8—10 Uhr von den Besitzern in gehörig gereinigtem Zustande einzuliefern.

Zur Einlieferung der Maß- und Wiegegeräte an den Eichtagen sind verpflichtet, die Gewerbetreibenden, die Landwirte, sobald sie beim Absatz ihrer landwirtschaftlichen Produkte die Ergebnisse von Maß- und Wiegegeräten einer Preisbestimmung zu Grunde legen und schließlich die Großhandlungen und Fabrikbetriebe, wenn Maß- und Wiegegeräte notwendig zur Preis- und Arbeitsberechnung Verwendung finden.

Die Eichgebühren sind sofort nach der Eichung zu entrichten. Nach Beendigung der Eichung wird eine allgemeine Revision der Maße und Gewichte stattfinden. Die nicht geeichten Maße und Gewichte werden beschlagnahmt und die Eichpflichtigen bestraft werden. (4880

Rhede, den 29. Mai 1929.

Der Bürgermeister: Dörner.

Zahnpraxis!

Nach jahrelanger praktischer Ausbildung als Assistent im In- und Ausland (Spezialist für Kieferverletzte Büche, Frankfurt a. Main) habe ich mich mit dem heutigen Tage im Hause Nordstraße 53, früher Architekt Niessing, als Dentist niedergelassen.

Behandlung aller Zahnkrankheiten, Anfertigung künstl. Gebisse, Plombieren, Regulierung und Reinigung der Zähne zu mäßigen Preisen.

Sprechstunden von 9—1 und von 3½—7 Uhr.

H. F. Hamelberg.

Bocholt, den 3. Juni 1929.

Bilanz

der Molkerei Rhede per 31. Dezember 1928.

Aktiva:		Passiva:	
1. Kassenbestand	8 174,53	1. Geschäftsguthaben der Genossen	1 401,—
2. Guth. lfd. Rechnung	41 682,53	2. Reservefonds	15 696,12
3. Ausst. Forderungen	74 220,50	3. Betriebsrücklage	14 375,66
4. Waren-Bestand	3 505,—	4. Anleihe	30 000,—
5. Grundstück u. Gebäude	1,—	5. Genossen	54 011,44
6. Maschinen u. Geräte	1,—	6. Ueberschuß	12 100,34
Mk.	127 584,56	Mk.	127 584,56

Mitgliederbewegung:

Bestand am 1. Januar 1928	400
Zugang	3
Abgang	3
Bestand am 31. Dezember 1928	400

Der Vorstand:
Tebrügge. Wülfing. Buß.

Der Aufsichtsrat:
Hr. Overkämping. W. Tebrügge. Terebebrügge. Steverding. Tangerding. Teklote. Bebbring. Ebingholt. Kl. Hebling.

Achtung! Achtung!

Samstag morgen ab 8 Uhr verkaufe ich bei Overbeck am Güterbahnhof eine Partie

Ia. Oldenburger Schweine

zu den billigsten Preisen.

Dietr. Kroezemann, Spellen.

Mittel gegen Ungeziefer

für alle Tiere, gegen **Hühnerflöhe, Wanzen und Brut,**

Desinfektionsmittel für Stallungen:
Chlorkalk, Creolin, Lysol, Carbol, Vitriol usw. nebst Anweisung

empfehlen

A. Steiner & Grote
Stern-Drogerie
nur Nordstraße 9. 484

Reinigen Sie Ihr Blut!
Dr. Bufleb's **Blutreinigungstee „Matkur"** ist das Beste.
A. Steiner & Grote, Stern-Drog., Inh. August Steiner, nur Nordstr. 9. 4764

Meine Auswahl in

Kinderwagen
Sitzliegewagen
Sportwagen

ist groß. Fabrikate erster Firmen. Vergleichen Sie Preise.
Fahrradhandlung

Kamperschroer 4884
Nähe Josefskirche.

Bocholter Wassersportverein 1920 e. V.

Sonnabend, den 8. Juni 1929, 21 Uhr, im Vereinslokal Langenhoff

außerordentliche Hauptversammlung

Der Vorstand. (4882

Guterhaltener

Maßanzug
(mittlere Größe)

Covercoat

sehr billig zu verkaufen
Nobelstraße 12.

Geschäfts-Eröffnung

Zufolge gütlicher Auseinandersetzung mit der Firma Clemens Niemann G.m.b.H. bin ich als Gesellschafter der Firma ausgeschieden.
Mit dem heutigen Tage eröffne ich ein

Bedachungs-Geschäft

und bin durch langjährige Ausbildung und Erfahrung in der Lage, allen Wünschen einer werten Kundschaft gerecht zu werden.

Es wird mein Bestreben sein, durch erstklassige Ausführung sämtlicher einschlägigen Arbeiten unter billigster Preisberechnung allen Anforderungen in jeder Hinsicht zu entsprechen und bitte mein junges Unternehmen freundl. unterstützen zu wollen.

Felix Niemann
Dach- und Schieferdeckermeister
Telefon 2095.
Wohnung und Büro: Ritterstraße 10.
Lager: Kurfürstenstraße (früher Klaas' Fabrik).

AUF IN DEN

Mifa

FRÜHLING



Sparen Sie Zeit, Kraft und Geld!

Erwerben Sie für Ihre Erholungs- und Berufsfahrten nur ein hochwertiges Mifa-Qualitätsrad.
Mifa-Räder — die Freude eines jeden Kenners — von 64 M an.
Verlangen Sie kostenlos unseren technisch sehr lehrreichen Katalog. — Bequeme Teilzahlung.

Polsch-Reifen.

MIFA-FABRIK-VERKAUFSTELLE
Bocholt i. W., Dinxperloerstr. 25.
Wilhelm Terhardt.
Eigene Reparaturwerkstatt.

DAMENHÜTE

Gebe einen **Einheitshut** heraus in der Preislage von **M. 7.50, 12.50, 15.00** und **17.50.**

Ueberzeugen Sie sich von der Preiswürdigkeit dieses günstigen Angebots in meinen Fenstern. k4891

FRAU E. HARDE
Bocholt, Osterstr. 25.

Brennholz

liefert karren- und sackweise frei Haus
Jehlings, Holtwicker Straße 6, Tel. 2789
Bestellungen werden auch entgegengenommen bei **Franz Behnen,** Osterstraße 60 und Filiale Ravardistraße.

Achtung!

3 Haubennetze einfach **20**
3 Haubennetze doppelt **30**

Scheer-Napp
Ravardistraße 33.

Betriebsstoff-Gesellschaft

beabsichtigt die Errichtung einer Großtankstelle in Bocholt und sucht zu diesem Zweck ein geeignetes

Grundstück

im Zentrum der Stadt zu kaufen.

Angebote erbeten unter **Nr. 4873** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Farben Lacke Pinsel
streichfertige **Oel- u. Lackfarben** in allen Farbtönen.
Eisen- u. Emaille-Lacke, Leinoel, Firnis, Sikkativ, Holzbeizen, Bronzen
sowie alle anderen Bedarfs-Artikel, empfiehlt billigst

Drogerie Bruns, 4772
Nordstraße 22.





Freitag morgen auf dem Wochenmarkte an der Persiluhr (4879

prima fettes Rindfleisch

Pfund Mk. 0,80 und 0,90
sowie sämtliche Wurstsorten. Spezialität:

Hausmacher-Wurst

Pfund Mk. 0,80.

Gerh. Heisterkamp
— Verkaufsstand an der Persil-Uhr. —
Ueberzeugen Sie sich von der Güte und Qualität.

Seife

kaufe für die Kleinen, daß sie lachen und nicht weinen aus der

Drogerie

Gebr. Steiner
Markt 8
Das Haus guter Seifen 4881
extra zarte Kinder-Seifen.

Motorrad

250 ccm., obengest., fahrbereit, sofort billig zu verkaufen.
Langenbergstraße 48.

Auto-Verdeckhülle

schwarz, auf dem Wege Dinxperloer Straße — Bahnhof **verloren.**
Wiederbringer erhält Belohnung.
Dinxperloer Str. 195.

Eichenes

Herrenzimmer

(fast neu) umzugsh. weit unter Preis zu verkaufen.
Wo sagt die Exped.

Ziehung 12. bis 18. Juni
Große
Volkswohl-Lotterie
48 100 Gewinne = Rm.

430 000
150 000
100 000
75 000
50 000

Kaufpreis

Doppellose à **2** Mk. Porto u. Liste 40 Pf. extra empfiehlt auch unter Nachn.
EMIL STILLER Bankhaus
HAMBURG 5, Holzdamm 39

3-Zimmerwohnung

nebst Keller (1764 **zu vermieten.**
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Hobelspäne

gratis abzugeben.
Bocholter Hobelwerk Lohscheider & Co.

Leichter Pony-Kutschwagen

zu kaufen gesucht.
Offerten unter Nr. 1761 an die Geschäftsstelle.

Ruhige Person sucht ein bis zwei leere

Zimmer

Offerten unter 4887 a. d. Gesch. erbeten.

Properes (1762

Mädchen

nach der Schulzeit gesucht.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

---

8 jähriges (4883

Pferd

zu verkaufen.
Ludwig Schwartz, Münsterstraße.

Wer rechnen muß

und sich eine großzügige Reklame nicht erlauben kann, kommt auch mit einer kleinen Anzeige im „Bocholter Volksblatt" zum Ziel! Das kleine Inserat zur rechten Zeit im „Bocholter Volksblatt" hat immer Erfolg!

...nieder Volks...
Bezugspreis: 2,35 Mk. ...
Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei
Nummer 15...

Die ...

Die Lin... Rechte ge...

Die gestrige Reich... ministers Dr. Curtiu... merkungen über die Re... bei den Sozialdemokrat... gelöst, der der „Vorwä... Ausdruck verleiht. Die ... Blatt außerdem, habe ... schen Fraktion ... gerufen, und ihr Vorsi... Curtius sofort von diese... war zu erwarten, daß ... sitzung die Sozialdem... Reichswirtschaftsministe... zwischen begonnenen ... Und so wandte sich denn ... geordnete Brandes, ... Hause die Aussprache ü... gleich gegen die gestrige... schaftsministers.

Auch der folgende deut... wandte sich wegen der g... merkungen des Minister... Pariser Sachverständige... einer Reparationsdebatt... tagsabgeordnete Bern... teur der „Vossischen Ze... seiner Kenntnis der ... Hügel machte.

Abg. Brandes (S... des Reichswirtschaftsmi... beitslosenversicherung k... sei die Materie schon a... Daß das nicht der Fall ...

Der Minister kann ... für die hinter ihn...

Die sozialdemokratische ... sie bereit ist, einer b... hung zuzustimmen und ... seitigung nachwe... stände zu geben. Sie ... stungen der Arbeit... kürzt wird. Wir beda... einer Schädigung der ... Arbeitslosenversicherung.

Wir weisen diese ... bewiesen

(Lebhafte Zustimmung ... zelfälle sind keine Rech... Vorwurf gegen viele ... zweinhalb Millionen ... ihr Schicksal ertragen u... greifen, so sticht ihr ... Gewalttaten, die ande... Sturm auf Finan... fall bei den Soz.) W... beitslosenversicherung v... aber ablehnen will, de... Abbau der Versicherung... strebungen wird aber d...

den stärksten ...

(Lebhafter Beifall bei ... ruft: „Nun zeigen ... Minister!") Der R... demokratische Entschließ... entwurfs, der anstelle d... den Eisenwirtschaftsbun... eines periodisch aus U... zusammengesetzten Sel... Regelung der Eis... Erzbergbaues nach gem... zweckt. (Beifall bei de...

Abg. Höllein (S... nicht antworten?"

Abg. Dr. Klönne ... gestern ein Werturteil ... Partei abgegeben, ohne ... gen zu erbringen. Er ho... in vermeintlicher Abwe... stimmung rechts.) De... tigte sich dann mit der...

Par...

Die hochoffiziellen Aus... nisters über die Kapi... vorigen Jahre hätten ... Parker Gilbert zu der ... günstigen Berichtes ver... wortung des Ministers... er, so fragte der Redne... zu der im weiten Sinn... Pariser Konferenz? W... die Konferenz zustande... Der Redner fragt an,

ob der Minister d... habe, ehe die Fra...

und er kein Veto dage... pflichtungen weit über ... nehmen, wie er weite... konnte, daß gegenüber... Alliierten die deutschen ... 40 Goldmilliarden nich... verhindernde, Unheil ... beim Reichswirtschafts... denkbar schlechten strat...